Nr. 419
B 207

Abend-Ausgabe

Berlin

Sonnabend, 4. September 1926
V

Vossische Zeitung

Gegründet 1704

10 Pfennig

Mit Kurszettel

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise, sowie Beilagen, Erscheinungsweise usw. werden im Kopf der Morgen-Ausgabe aufgeführt.

Verlag Ullstein Chefredakteur: Georg Bernhard. Verantw. Redakteur (m. Ausn. d. Handelsteils): Carl Misch, Berlin Charl. Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn Porto beiliegt.

Schriftleitung: Berlin SW68, Kochstraße 22-26

Fernsprech-Zentrale Ullstein, Amt Dönhoff 2600—3663, für den Fernverkehr Amt Dönhoff 3686—3698. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus, Berlin. Postscheckkonto Berlin 662.

Deutschlands ständiger Sitz beschlossen

Im Völkerbundsrat

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung"

jb **Genf**, 4. September

Der Rat nahm um 1 Uhr mittags auf Antrag des japanischen Delegierten, Graf Ishi, nach Berichterstattung über die Arbeiten der Studienkommission eine Resolution an, in der er erklärt:

1. Der Bericht der Studienkommission für die Ratsfrage wird gebilligt.

2. **Der Rat beschließt infolgedessen und auf Grund der Ermächtigung des Artikels 4 des Völkerbundpaktes a) die Ernennung Deutschlands zum ständigen Mitglied des Rates vom Augenblick seines Eintritts in den Völkerbund an,** b) die Erhöhung der Zahl der nichtständigen Sitze auf neun.

3. Der Rat empfiehlt der Versammlung die Genehmigung dieser Entschließung.

4. Der Rat empfiehlt der Versammlung, die Anträge in wohlwollende Erwägung zu ziehen, die von der Studienkommission über den Wahlmodus der nichtständigen Ratsmitglieder und die Regelung ihrer Mandatsdauer gemacht worden sind.

Nach der Annahme dieser Resolution des Grafen Ishii wiederholte der schwedische Ratsdelegierte, daß Schweden sich freie Hand vorbehalte für den Fall, daß durch diesen Reformplan eine Lösung der gegenwärtigen Ratskrise nicht sollte erzielt werden können.

Der Völkerbundsrat nahm alsdann noch die von der Studienkommission vorgeschlagene Resolution Lord Roberts Cecils an und beschloß, sie dem spanischen Vertreter im Völkerbundsrat zu übermitteln.

Zu der Resolution ist zu bemerken, daß die in Absatz IIa der Resolution erwähnte „Bezeichnung Deutschlands als ständiges Ratsmitglied" noch nicht die Ernennung selbst darstellt, wohl aber eine vollkommene Bindung des Rates selbst bedeutet. Die deutsche Regierung wird nunmehr also in der Lage sein, schon nach dem Aufnahmebeschluß der Versammlung die Dispositionen für die Abreise der Delegation zu treffen, da der deutsche Ratssitz grundsätzlich vom Rat bereits heute beschlossen ist. Die formelle Ernennung, die erst nach der Aufnahme erfolgen kann, ist also in Wirklichkeit nur noch eine Formsache, weil der Rat nach Artikel 4 nicht in der Lage ist, einen Staat zum Ratsmitglied zu ernennen, der noch nicht Mitglied des Völkerbundes ist.

Der Vorbehalt des schwedischen Ratsdelegierten Undon wurde in genau der gleichen Form vorgebracht wie bereits in der Studienkommission. Wie ich aus schwedischen Kreisen erfahre, beabsichtigt die schwedische Regierung nicht, von diesem Vorbehalt in der Versammlung Gebrauch zu machen, falls nicht Spanien formell seinen Austritt aus dem Völkerbund ankündigt. Der Rat hat einen neuen Versuch zu einem gewissen Druck auf die spanische Regierung dadurch unternommen, daß er die Resolution von Lord Robert Cecil aus der Studienkommission ausdrücklich sich zu eigen machte und den Beschluß faßte, sie dem spanischen Ratsmitglied zu übermitteln.

Gaus in Berlin

Ministerialdirektor Dr. Gaus ist heute vormittag in Berlin eingetroffen und hat sofort Dr. Stresemann im Auswärtigen Amt Bericht über Genf erstattet. Dr. Stresemann hatte seine geplante Reise nach Dresden zum Industrie-Tag wegen dieses Berichtes nicht angetreten. Nachmittag wird Dr. Gaus auch vom Reichskanzler empfangen werden.

Gibt Polen in der Schulfrage nach?

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung"

d **Breslau**, 4. September

Die vom Deutschen Volksbund in Kattowitz gegebene rigorose Ablehnung von 90 pCt. der Minderheitsschulanträge beim Völkerbund eingelegte Beschwerde scheint nicht ohne Eindruck auf die polnischen Behörden geblieben zu sein, und man sucht jetzt auf polnischer Seite offenbar einen möglichst schmerzlosen Weg aus der verfahrenen Angelegenheit.

Die Woiwodschaft erklärt sich jetzt bereit, die bereits abgelaufene Frist für die Erklärung, ob die Erziehungsberechtigten zur sprachlichen Minderheit gehören, zu verlängern, und will sich auch mit schriftlichen Erklärungen begnügen. Auch die bereits abgewiesenen Anträge sollen dann angenommen und die betreffenden Kinder der Minderheitsschule zugeführt werden.

Trotz dieses scheinbaren Entgegenkommens der polnischen Regierung stimmt ihre Stellungnahme nicht mit dem Wortlaut und dem Sinn der Bestimmungen des Genfer Vertrages überein. Nach ihm ist nirgends eine Erklärung zu verlangen, ob die Antragsteller für die Minderheitsschule wirklich zur sprachlichen Minderheit gehören. Auch der Präsident der gemischten Kommission hat sich stets auf diesen Standpunkt gestellt und dies bereits vor zwei Jahren offiziell der polnischen Regierung mitgeteilt. Diese hat ihm allerdings damals geantwortet, daß es sich nur um eine „reine Verwaltungsmaßnahme" handele, in die sich Calonder nicht hereinzumischen habe.

Silverbergs Dresdener Rede

Diskussion auf dem Industrietag

Sonderdienst der „Vossischen Zeitung"

L—n **Dresden**, 4. September

Die heutige Sitzung des Reichsverbandes der Deutschen Industrie begann mit einer für die Versammlung peinlichen Ueberraschung. Dr. Stresemann, der heute vor dem Reichsverband über „Exportförderung und Weltwirtschaft" sprechen sollte, im letzten Augenblick abgesagt. Der Vorsitzende Geheimrat Duisburg fügte dieser Mitteilung hinzu, daß an Stelle der Stresemann-Rede „ein kleines Theater" stattfinden werde, nämlich eine Diskussion.

Vorher aber gab es noch zwei große Referate zu absolvieren. Staatssekretär a. D. Dr. v. Simson, der Vorsitzende des Handelspolitischen Ausschusses des Reichsverbandes, sprach über zoll- und handelspolitische Fragen. Sein an interessanten Einzelheiten reiches Referat gipfelt in dem Grundsatz, daß die deutsche Außenhandelspolitik auch künftig an dem Prinzip der Handelsverträge mit Meistbegünstigung festhalten müsse und daß das von Frankreich eingeschlagene System der Reziprozität, vorläufig nicht als vorteilhaft angesehen werden könne. Sehr skeptisch beurteilt Dr. v. Simson die Möglichkeit einer europäischen Zollunion, die er als „Utopie" bezeichnet. Dagegen seien vielleicht im Wege internationaler Abmachungen partielle Zollvereine für einzelne Gebiete, z. B. für Eisen, vielleicht auf dem Wege internationaler Kartellverträge möglich.

Dann folgte das mit großer Spannung erwartete Referat Dr. Silverbergs über „das deutsche Unternehmertum in der Nachkriegszeit". Das matte Organ des Redners beeinträchtigte den von langer Hand sorgfältig vorbereitet und genau konzipierten Vortrag. Dazu aber stand die Zuhörerschaft heute noch völlig unter dem Eindruck der großartigen rhetorischen Leistung, die gestern Dr. Reinhold in Dresden vollbracht hatte. Dieser Eindruck, der noch in allen heutigen Vorträgen und Diskussionsreden nachklang, war der Aufmerksamkeit für Dr. Silverbergs Vortrag nicht günstig.

So verpuffte der bereits in der „Vossischen Zeitung" angekündigte Angriff gegen die Finanzpolitik des „angeblich wirtschaftsfreundlichen" Reichskanzlers Dr. Luther und ebenso die Vorwürfe, die er gegen die Kartellaktion der Regierung Luther erhob. Größte Aufmerksamkeit erregten seine Ausführungen über die alten und die Novembergewerkschaften und die Ueberspannung des Organisationswesens in Deutschland. Als er in diesem Zusammenhang die Namen Legien und Friedrich Ebert erwähnte, kommt aus dem Saale ein stattliches Bravo!. Die Mahnung Dr. Silverbergs, man könne nicht mehr ohne die Sozialdemokraten regieren, und die Sozialdemokraten müßten in die Reichsregierung hinein, wird in der Versammlung mit Respekt, aber recht kühl aufgenommen.

In der Diskussion suchte zunächst ein Vertreter des preußischen Finanzministerium, Ministerialdirigent Dr. Hoß, die vielen Angriffe abzuwehren, die gestern gegen die Finanzpolitik der Länder und Gemeinden erhoben worden sind. Er machte darauf aufmerksam, daß Preußen die früheren großen Einnahmen aus den Eisenbahnen verloren habe und daß die Gemeinden heute vier- bis fünf-, z. T. siebenmal soviel soziale Lasten aufzubringen haben als vor dem Kriege. Die Zeit, wo die Gemeinden aus Steuereinnahmen Aktienpakete kaufen und Ausstellungshallen bauen konnten, sei vorüber, wenn vielleicht auch hier und da in dieser Richtung von den Kommunen mancher Unfug getrieben werde.

Sodann begründete das frühere geschäftsführende Präsidialmitglied des Reichsverbandes, Geh. Rat Bücher, eine Resolution, die im wesentlichen sich auf die Dezemberdenkschrift des Reichsverbandes der Deutschen Industrie beruft. Bücher weist auf die Wandlung des Reichsverbandes seit der Münchener Tagung im Jahre 1922 hin, wo die deutsche Industrie in der Frage der Reparationspolitik noch scharf in zwei Lager gespaltet war und der eine dem anderen „Vaterlandsverrat" vorwarf. Auch er würdigte noch einmal den gestrigen Vortrag des Reichsfinanzministers, „die glänzendste Rede, die ich je gehört habe, vor allem aus dem menschlichen Grunde, weil hier ein Mann stand, der nicht in Parteikompromissen und Parteiresolutionen befangen ist, sondern Bekennermut hat."

Die Frage des Gilbert-Abkommens bedarf, so meint Geheimrat Bücher, noch einer gewissen Klärung. Das Abkommen sei ausgezeichnet hinsichtlich der Wahrung der Interessen des deutschen Volkes, aber der Finanzminister hätte nicht in der Lage sein dürfen, über soviel Mittel zu verfügen, daß er die Dawesslasten voraussahlen kann. Schließlich erklärt Bücher, der Reichsverband der Industrie sei im Gegensatz zu den landwirtschaftlichen Spitzenorganisationen nie politisch eingestellt gewesen, und er werde sich auch in Zukunft nicht um Politik bekümmern. Aber eine Kritik des parlamentarischen Betriebes und der „Demokratie, wie sie heute ist", sei notwendig. In der heutigen Demokratie könne man niemand persönlich haftbar machen. Die Schaffung der persönlichen Verantwortlichkeit sei aber unbedingt notwendig. Aber wir müssen auch zu einem anderen Verhältnis zur Arbeiterschaft kommen.

Gegen Schluß der Diskussion kam es noch zu einer interessanten Kontroverse zwischen dem deutschnationalen Abgeordneten Dr. Reichert, dem Geschäftsführer des Verbandes der Eisen- und Stahlindustriellen, und Generaldirektor Dr. Silverberg. Dr. Reichert hielt es aus politischen Gründen für notwendig, eine Lanze für die Deutschnationalen zu brechen und **gegen einen Eintritt der Sozialdemokratie** in die Regierung rechtzeitig zu protestieren. Die Sozialdemokratie, erklärte er, könne nicht den Anspruch darauf erheben, die deutsche Arbeiterpartei zu sein.

Mit ihr könne man weder eine Handelspolitik noch eine Finanzpolitik machen, die den Interessen der deutschen Industrie gerecht würde. Dr. Reichert glaubte aber auch noch Vergangenes aufrühren zu müssen. Er meinte, das ganze überspannte Steuersystem in den Jahren 1924 und 1925 sei darauf zurückzuführen, daß Dr. Luther nicht den „ursprünglichen Helfferschen Währungsplan" unverändert angenommen habe. Nach diesem Plan sei vorgesehen gewesen, dem Reiche 2 Milliarden Kredite zu gewähren, mit anderen Worten, das Ratenkontingent wesentlich höher zu gestalten, als es dann auf Einspruch Hilferdings und Dr. Luthers geschah. In einer kurzen Repdik wies Dr. Hilkebing die Angriffe zurück.

Nach einigen weiteren Diskussionsbemerkungen aus dem Kreise der Versammlung, die wenig neue Gedanken förderten, wird der offizielle Teil der Tagung geschlossen. Am Nachmittag schließen sich noch gesellschaftliche Veranstaltungen und Empfänge der Teilnehmer an.

Unternehmertum und Arbeiterschaft

Die bereits angekündigte Erklärung des rheinischen Großindustriellen Silverberg über die Bereitschaft der deutschen Industrie zur vertrauensvollen Zusammenarbeit mit der Arbeiterschaft ist heute erfolgt. Wörtlich erklärte dieser industrielle Führer:

„Es muß rückhaltlos und dankbar anerkannt werden, daß die alten Gewerkschaften, soweit sie über einen alten Stamm gewerkschaftlich geschulter und disziplinierter Mitglieder und charakterfester Führer verfügen — ich nenne hier, ihn und uns ehrend, den Namen Legien — sich große Verdienste dadurch erworben haben, daß sie ernstlich mitwirkten, die